



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.8454.02

ED/P058454

Basel, 20. Februar 2008

Regierungsratsbeschluss
vom 19. Februar 2008

Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Life Science-Standort stärken – die Hochschulen in der Region verbessern

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 8. Februar 2006 den nachstehenden Anzug dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Basel hat im weltweiten Konkurrenzkampf vor allem einen Trumpf, der sticht: Wir sind schon heute ein so genannter Life-Science Cluster. Ein Cluster ist eine Anhäufung von sehr wohl konkurrierenden, aber auch kooperierenden und somit auch voneinander anhängigen Unternehmen einer Branche, die durch ihre räumliche Konzentration von positiven externen Effekten wie Agglomerationsvorteilen, lokal verfügbaren Arbeitskräften mit einem spezifischen Qualifikationsprofil sowie bereichsspezifischer Forschung und Ausbildung profitieren.

Früher war Basel ein Chemie-Cluster, heute dominiert der Life-Science Anteil. Und das ist gut, denn die Branche Life-Science ist nicht nur vielfältig, sondern auch enorm zukunftssträftig. Hier bieten sich uns enorme Chancen.

Ein solcher Cluster braucht aber auch eine gewisse Grösse, damit die vielfältigen Beziehungen, wie am Anfang geschildert, sich entwickeln können. Heute stehen nicht nur Firmen oder Länder in einer Konkurrenz, sondern auch Cluster. In diesem Konkurrenzkampf geht es darum, welcher Cluster Investitionen, sprich Gelder, und hochqualifizierte Arbeitskräfte anlocken kann.

Ganz wichtig für einen technologiegetriebenen Cluster ist die Ausbildung, Grundlagenforschung und die praxisnahe Forschung und Entwicklung. Zwar ist die Situation bezüglich privater Forschungsgelder in der Region sehr gut, aber die öffentliche Hand schneidet in Bezug auf die Quantität an QUALITÄT schlecht ab. Leider ist der Life-Science-Cluster Basel politisch auf drei Länder, acht Kantone und einen Landkreis aufgesplittert, wie es an der Tagung „metro-basel“ treffend formuliert wurde.

Zwar bekennt sich Basel-Stadt jährlich mit eindrücklichen finanziellen Mitteln zur UNI Basel und dies gilt bald auch für Baselland. Vor allem wenn es zu einer gemeinsamen Trägerschaft kommt. Auch ist das Ja beider Basel zur FHNW mit dem Muttenser Schwerpunkt Life-Science ebenfalls ein ermutigendes Zeichen. Nur das ist noch deutlich zu wenig. Auf französischer und deutscher Seite unserer Region gibt es noch zu wenige Hochschuleinrichtungen. Dies soll kein Vorwurf, sondern eine Feststellung sein. Der hiesige Cluster braucht aber deutlich mehr. Vergleichen wir nur einmal mit dem Cluster von Ontario Kanada, der nicht zu den wichtigsten zählt. 100 Biotech- Unternehmungen, 585 Hersteller Med-Tech-Geräte , 16700 Beschäftigte

im Pharmasektor, mehr als 60 Life-Science Forschungszentren - insgesamt 42'000 Personen arbeiten im Life-Science-Sektor. Nicht das der Basler Cluster damit gleichziehen könnte. Aber wir müssen alle unsere Ressourcen nutzen. Auch die im angrenzenden süddeutschen und el-sässischen Raum. Es drängt sich der Schluss auf: zuwenig Studierende, Forschende und Professoren. Vielleicht nicht für heute, aber sicher für morgen. Es braucht also einen Ausbau der Hochschullandschaft hier in der Region.

Die UNI Basel wird nach Ergebnissen der BAK-Hochschulbefragung zu rund ¾ öffentlich finanziert. Eine Mehrzahl der befragten Hochschulen erhält aber deutlich mehr Drittmittel. Es sind aber gerade diese Drittmittel, vor allem Studiengebühren, Spenden und Lizenzgebühren, die wichtige Anreize erzeugen, denn die Zahlenden stellen berechnete Anforderungen an die Qualität der Ausbildung bzw. an die Forschung. Zudem verfügen z.B. US-amerikanische Universitäten über grosse Vermögenswerte, die Renditen abwerfen.

Gefordert sind einerseits mehr Geld auf schweizerischer Seite und neue Hochschul- bzw. Forschungseinrichtungen im nahen Ausland.

Dieser Anzug möchte beide Stossrichtungen aufnehmen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- 1. ob Basel-Stadt auf die Erbschaftssteuer oder Teile davon verzichten könnte, wenn der Vererbende Teile seiner Erbschaft der Universität vermacht?*
- 2. ob die Kantone der Nordwestschweiz nicht mittels einer vergleichenden Studie eruieren sollten, wieso andere Hochschulen deutlich mehr Drittmittel akquirieren*
- 3. ob der Kanton Basel-Stadt und seine Partner in der Nordwestschweiz nicht gemeinsame Initiativen zur Lancierung von Public-Private-Partnerships ergreifen können, um z.B. einen Nordwestschweizerischen Forschungspark zu gründen?*
- 4. ob der Kanton Basel-Stadt seine Nachbarn in Südbaden und im Elsass ermutigen könnte, Hochschulen im Bereich Life-Science zu gründen, in dem er Verbünde mit der UNI Basel und der FHNW anbietet?*
- 5. Ob der Kanton Basel-Stadt nicht zusammen mit den Norwestschweizerischen Kantonen, dem Elsass und dem Landkreis Lörrach einen Trinationalen Forschungs- Fonds gründen könnte, um regionale Forschungsprojekte an den Hochschulen zu lancieren?*

Daniel Stolz, Peter Malama, Helmut Hersberger, Christian Egeler, Christine Heuss, Christine Locher-Hoch, Rolf Stürm, Urs Schweizer, Baschi Dürr“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Anzugsbegehren

Der Anzugssteller und die Mitunterzeichnenden erachten die bereits eingeleitete Ballung von im Life Science-Bereich tätigen Konzernen und Firmen in der Region Basel als grosse wirtschafts- und bildungspolitische Chance. Zudem werden die Investitionen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in die Universität und die Fachhochschule Nordwestschweiz, insbesondere in die Life Science-Forschung, als zukunftsweisend gewürdigt. Moniert wird aber, dass diese mit dem Begriff "Cluster" überschriebene Konzentration von Forschung und Produktion im Life Science-Bereich noch zu klein sei, um mit anderen, gleich ausgerichteten Clustern konkurrenzieren zu können. Da ein Cluster – eine Anhäufung von konkurrierenden

und zugleich kooperierenden Unternehmen – unter anderem von lokal verfügbaren Arbeitskräften mit einem spezifischen Qualifikationsprofil und damit von lokal angebotener, bereichsspezifischer Forschung und Ausbildung profitieren würde, müssten noch mehr Anstrengungen in die Entwicklung von Lehre sowie Forschung und Entwicklung im Life Science-Bereich unternommen werden. Das zu lösende Problem orten die Anzugssteller und die Mitunterzeichnenden dabei vor allem in der geringen Hochschulichte im Elsass und Südbaden. Zudem erachten sie den Drittmittelanteil in der Finanzierung der hiesigen Hochschulen für zu klein. Entsprechend wird für eine Erhöhung der Drittmittel an den Hochschulen (2.), den Ausbau von Public-Private-Partnerships (3.), die Gründung von Hochschulen in den Nachbarländern (4.) sowie für die Errichtung eines Trinationalen Forschungsfonds (5.) plädiert.

In seinen Grundsätzen begrüssen wir die Vorstellungen und Ideen des vorliegenden Anzugs. Auch wir sind uns bewusst, dass die Region mit der Universität, der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie dem Schweizerischen Tropeninstitut über drei Bildungs- und Forschungsinstitutionen verfügt, die in dem im Anzug thematisierten Bereich der Life Sciences hervorragend platziert sind und für Gesellschaft und Wirtschaft eine herausragende Rolle spielen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung dieser Institutionen sollte deshalb wie im Anzug richtig propagiert nicht an den Landesgrenzen halt machen. Ebenfalls für richtig erachten wir es, die Region Nordwestschweiz als Gesamtes zu fördern, indem bestehende Wirtschaftsbereiche und -strukturen analysiert und – wo möglich – gezielt mit den Forschungsausrichtungen der genannten Institutionen verknüpft werden.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass Regierungsrat wie Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt zusammen mit den zuständigen Behörden der Partnerkantone in ihrem Zuständigkeitsbereich jene Massnahmen ergriffen haben und ergreifen, die der Bedeutung der Lehre und Forschung für die Life Science-Branche gerecht werden.

Der Profilierungsbereich Life Sciences ist an der Universität überdurchschnittlich mit Mitteln versehen. Auch an der FHNW werden die anwendungsorientierten Life Sciences markant ausgebaut. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wissenschaft wird zudem ein ETH-Departement für Systembiologie – dem aktuellsten Bereich der Life Sciences – in Basel errichtet, das eng mit den entsprechenden Kompetenzbereichen der Universität Basel zusammenarbeiten wird. Auch auf dem Gebiet der Nano Sciences, einem den Life Sciences zugewandten Grundlagengebiet, hat die Universität Basel mit dem Swiss Nano Institute, das namhafte regelmässige Beiträge des Kantons Aargau erhält, eine nationale und regionale Führungsstellung inne. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft planen zudem als Trägerkantone der Universität Basel bis 2020 grosse Investitionen in den Infrastrukturbereich insbesondere der Life Sciences. Bei diesen Vorhaben – der Implementierung der Systembiologie in Basel sowie den dazu gehörenden Investitionen – spielt die Public-Private-Partnership bereits eine massgebliche Rolle und soll in Zukunft auch ausgebaut werden.

Bezüglich der Anliegen des Anzugs, im grenznahen Gebiet Frankreichs und Deutschlands die Hochschulichte zu erhöhen, ist freilich auf die sehr beschränkten direkten Einflussmöglichkeiten des Regierungsrats zu verweisen. Immerhin kann festgestellt werden, dass die nachbarschaftliche Diplomatie sehr aktiv ist und die Fachhochschulen und Universitäten der Regi-

on im Rahmen von EUCOR und gemeinsamen Studiengängen einen aktiven Austausch pflegen.

2. Fragen

Zu den Fragen im Einzelnen nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

1. Der Anzugssteller und die Mitunterzeichnenden fragen an, ob der Kanton Basel-Stadt nicht auf die Erbschaftssteuer verzichten könnte, wenn der Vererbende Teile seiner Erbschaft der Universität vermacht. Da die Universität eine steuerbefreite Institution ist, werden Erbschaften (und auch Schenkungen), die der Universität zugehen, bereits heute nicht besteuert.
2. Der Anzugssteller und die Mitunterzeichnenden regen an, mittels einer vergleichenden Studie die Gründe für den geringen Drittmittelanteil in der Finanzierung der hiesigen Hochschulen zu eruieren. Der Antrag geht damit von der Einschätzung aus, dass die Universität Basel und die FHNW über weniger Drittmittel als andere Hochschulen verfügen, einer Einschätzung, die wir aufgrund statistischer Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) sowie der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) nicht folgen können. Werden, wie in der Aufstellung des BFS betreffend Finanzen der universitären Hochschulen und der Fachhochschulen für 2005, unter dem Begriff 'Drittmittel' finanzielle Mittel verstanden, um die sich die universitären Hochschulen aktiv bemühen müssen (bspw. Mittel des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Kommission Technologie und Innovation (KTI), aus EU- und anderen internationalen Forschungsprogrammen, aus Forschungsmandaten des privaten Sektors sowie aus Weiterbildungs- und Dienstleistungsangeboten), dann sind zunächst folgende Differenzierungen anzubringen:

Universität: Gemäss BFS-Statistik 2005 liegt die Universität in der Generierung von Drittmitteln an dritter Stelle und damit über dem schweizerischen Durchschnitt; ihr zuvor kommen nur die Universität St. Gallen und die Universität Neuenburg. Die hohe Drittmittelquote der Universität St. Gallen ist darauf zurückzuführen, dass die Wirtschaftswissenschaften insbesondere aufgrund ihrer Weiterbildungsprogramme im Nachdiplombereich bei der Einwerbung von Drittmitteln allgemein die Spitzenreiter sind; bei der Universität Neuenburg sind Forschungsmittel des SNF und Erträge aus Forschungsmandaten für den privaten Sektor dominierend. Betrachtet man die SNF-Mittel allein, dann weist die Universität Basel gesamtschweizerisch gar einen der höchsten Deckungsbeiträge auf; gegenüber 2001 stiegen sie um 24%. Diese Zahlen werden durch aktuelle Aufstellungen der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) bestätigt: Diesen ist zu entnehmen, dass über die Jahre 2003 - 2006 nur die Universitäten Basel und Neuenburg sowie die neuen Universitäten im Tessin und in Luzern ihre SNF-Einnahmen kontinuierlich steigern konnten. Bemerkenswert ist auch, dass die Universität Zürich mit einer doppelt so grossen Studierendenanzahl wie die Universität Basel nur wenig mehr SNF-Gelder generiert.

Gemäss der BFS- sowie der SUK-Statistik ist die Universität Basel also besonders erfolgreich in der Generierung von SNF-Mitteln. Werden diese bei den Drittmitteln nicht einberechnet, so ergibt sich ein leicht verändertes, aber immer noch kein negatives Bild. Gemäss der SUK-Aufstellung sind es hier im Verhältnis zu ihrer Grösse vor allem die Universitäten aus der französischsprachigen Schweiz, die in der Generierung von Drittmitteln

ohne SNF-Gelder besonders erfolgreich sind (Ausnahme St. Gallen). Die Universität Basel wiederum kann sich – immer in Relation zu ihrer Grösse – mit Zürich messen, wogegen Fribourg und Bern weit weniger drittmittelstark sind. Anzumerken ist zudem, dass die hiesige Universität den Drittmittelерtrag ohne SNF-Mittel über die Jahre 2003 - 2006 ebenfalls kontinuierlich steigern konnte.

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Wie bei den Universitäten ist auch bei den Fachhochschulen zu berücksichtigen, dass nicht jeder Fachbereich dieselbe Drittmittelерwerbfähigkeit besitzt. Musisch-künstlerische Disziplinen haben in der Regel geringere Möglichkeiten, Gelder über Forschungsmandate zu erhalten als z.B. technische Studiengänge; entsprechend erweisen sich vor allem die Fachbereiche angewandte Linguistik (Dienstleistungen), Chemie und Life Sciences sowie Technik und IT (Forschungsaktivitäten) als drittmittelstark. Die Drittmittel bei den Fachhochschulen setzen sich dabei zu 72% aus Erträgen von Privaten und zu 28% aus öffentlichen Geldern zusammen. Bei den Drittmitteln von Seiten der öffentlichen Hand dominieren die Fördermittel der KTI (27.1%). Was die FHNW anbelangt, so liegt sie in der Einwerbung von Drittmitteln gemäss BFS-Statistik 2005 leicht über dem schweizerischen Schnitt (11% aller Erträge; Schnitt 9%). Besonders erfolgreich in dieser Hinsicht ist die Fachhochschule Ostschweiz (16% aller Erträge).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Universität Basel und die FHNW bei der Generierung von Drittmitteln im guten Durchschnitt und die Universität beim Erwerb von SNF-Geldern sogar weit über dem Schnitt liegen. Das heisst nicht, dass nicht weitere Bemühungen erfolgen sollten, öffentliche wie auch private Drittmittel einzuwerben sowie Public-Private-Partnerships zu lancieren (vgl. unten zu 3.). Doch scheint es uns vor dem Hintergrund der obigen Darlegungen und der bereits existierenden Vergleichsstatistiken nicht notwendig zu sein, eine entsprechende Studie in Auftrag zu geben.

3. Was die Frage betreffend Lancierung von Public-Private-Partnerships anbelangt, so verweisen wir zum einen auf den im Juni 2007 veröffentlichten Strategiebericht der Universität. Der Strategiebericht macht deutlich, dass die Universität insbesondere in der Life-Sciences-Grundlagenforschung eine starke strategische Position erreichen möchte. Dieses Vorhaben sucht sie vor allem in den Bereichen Nanowissenschaften, Systembiologie, Pharmawissenschaften und 'Molekulare Grundlagen der psychischen Gesundheit und menschlichen Entwicklung' zu verwirklichen. Alle diese Bereiche zeichnen sich durch eine starke Interdisziplinarität und ein konsequentes Zusammenwirken von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung ('translational research') aus. Als Beispiel hierfür sei das Swiss Nano Institute genannt, das mit Unterstützung des Kantons Aargau und zusammen mit der FHNW und dem Paul Scherer Institut (PSI) aufgebaut wird. Im Bereich der Systembiologie wiederum arbeiten die biologisch/biomedizinischen Forschungsinstitutionen der Universität mit dem Friedrich Miescher Institut (FMI) der Novartis und dem Department of Biosystems and Engineering (D-BSSE) der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) zusammen. Die Synergiebildungen mit Institutionen wie FMI, D-BSSE, FHNW sowie dem Schweizerischem Tropeninstitut (STI) soll gemäss Strategiebericht der Universität in die Entwicklung eines 'Basel Network of Excellence in Life Sciences' münden.

Im Wissen darum, dass die Life Sciences ein wichtiger industrieller und wirtschaftlicher Wachstumsfaktor der Region Nordwestschweiz sind, wird auch die Zusammenarbeit mit der Industrie im Strategiebericht der Universität explizit erwähnt. So hält die Universität fest, dass die universitäre Grundlagenforschung qualitativ und quantitativ die Ausbildung von Forschenden sichert und wichtige Impulse für die regionale Life Sciences-Industrie liefert. Umgekehrt profitiere die universitäre Life Sciences-Forschung von den technologischen Innovationen der angewandten industriellen Forschung. Durch die intensive Zusammenarbeit, einem effizienten Wissens- und Technologietransfer und die Förderung von Entrepreneurship (z.B. Inkubatoren/Spin-offs, Coaching für Firmengründungen) trage die Universität wesentlich zur Wertschöpfungskette der regionalen Life Sciences bei. Der Wissens- und Technologietransfer (WTT) soll deshalb durch den Beizug externer Wirtschaftsfachleute in einem WTT-Gremium gestärkt werden. Bei der Ausgestaltung der Campus-Planung auf dem Gebiet Schällemätteli/Universitätsspital legt die Universität denn auch Gewicht darauf, dass die für eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Universität und Industrie notwendigen Infrastrukturen oder Konzepte für 'Industry on Campus' eingeplant werden.

Auch für die Hochschule für Life Sciences der FHNW ist der Bezug zur Industrie von grosser Bedeutung. Die Studiengänge sowie die Forschung, deren Fokus in den therapeutischen und molekularen Technologien sowie im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit liegt, sind praxisnah ausgerichtet und profitieren vom Interesse der Wirtschaft an neuen Produkten.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang denn auch auf zwei Initiativen, welche die Rahmenbedingungen für Gründungen und Spin-Offs verbessern und den Life Sciences-respektive Hochtechnologiestandort Basel stärken: das i-net Basel und das Start-Up-Center im Science Park Basel. Im Science Park Basel in Kleinhüningen wird in einem der fünf geplanten Hauptgebäude auf zwei Stockwerken ein Start-Up-Center entstehen. Zum einen soll dieses Center der Universität Basel erlauben, eigene Spin-Offs an einem attraktiven Ort zu platzieren. Zum anderen steht das Start-Up-Center auch Unternehmen aus der übrigen Nordwestschweiz offen. Im Unterschied zu anderen Objekten in der Region baut die Investorin Tivona 038 AG die Infrastruktur in einem Mix von Büros, Labors und Werkstätten fertig aus. Entsprechende Räume können somit nach Fertigstellung des Gebäudes im Winter 2008 kurzfristig bezogen werden. Die übrigen Stockwerke des Gebäudes werden im Rohbau erstellt. Über die Vermietung sämtlicher Flächen in diesem Gebäude entscheidet ein Beirat, der unter anderem aus Vertretern der Tivona 038 AG und des Kantons Basel-Stadt besteht. Im Gegenzug gewährt der Kanton der Tivona 038 AG aus Mitteln des Standortförderungsfonds während zwei Jahren (mit Option auf ein drittes Jahr) eine Mietzinsausfallgarantie, die auf maximal CHF 250'000 pro Jahr begrenzt ist, also maximal CHF 500'000 bzw. CHF 750'000 beträgt. Diese Garantie dient dazu, Leerstände auszugleichen, die der Investorin dadurch entstehen, dass sie bewusst Mietfläche für kleine Start-Up-Unternehmen und für Spin-Offs aus Hochschulen und Industrie vorhält.

Die Initiative i-net BASEL wird ab dem Frühjahr 2008 zu einer stärkeren Vernetzung der Forschung mit der Wirtschaft in der Region beitragen. Ziel ist es, Wertschöpfung und Innovation anzuregen. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten bei i-net BASEL Unternehmerinnen, Forscher und in der Standortförderung engagierte Personen in einer Public-Private-Partnership zusammen. Dabei soll vor allem die Netzwerkbildung unterstützt, die Unternehmensgründung und der Unternehmensaufbau erleichtert sowie die Aussendarstellung von Basel als Hochtechnologiestandort verbessert werden. i-net Basel ist auf Initiative des Kantons Basel-Stadt entstanden; die Netzwerkaktivitäten stehen aber Unternehmern und Forscherinnen aus der gesamten Nordwestschweiz und dem angrenzenden Ausland offen. Die anderen Nordwestschweizer Kantone wurden über i-net BASEL informiert. Zu den Angeboten für Jungunternehmen zählen neben Netzwerkveranstaltungen auch „Business Plan Challenges“ durch externe Unternehmensberaterinnen und Coachings durch erfahrene Unternehmer aus dem i-net BASEL Netzwerk.

Wir sind der Meinung, dass diese wie auch die oben angeführten verschiedenen Initiativen wie die Kooperationen unter Forschungsinstitutionen der Region Nordwestschweiz (PSI-FHNW-Uni), die geplante Entwicklung eines 'Basel Network of Excellence in Life Sciences' (FMI-STI-D-BSSE-FHNW-Uni), die Schaffung eines mit externen Wirtschaftsleuten besetzten Wissens- und Technologietransfers, die Realisierung des Konzepts einer 'Industry on Campus' auf dem Schällemätteli-Areal sowie die Industrienähe der Hochschule für Life Sciences der FHNW ausgezeichnete Bedingungen bilden, um zukünftig vermehrt Public-Private-Partnerships zu lancieren und das in der Region generierte Hochschulwissen noch gezielter zugunsten von Gesellschaft und Wirtschaft zu nutzen. Der Erfolg dieser Unternehmungen scheint uns zudem durch den Umstand gesichert zu sein, dass die Initiativen von den beteiligten Institutionen selbst ausgehen, Idee und Umsetzung also nicht 'planwirtschaftlichen' Mechanismen unterliegen.

4. Bezüglich der Gründung von Hochschulen in den Nachbarländern muss klar auf den eingeschränkten Handlungsspielraum des Regierungsrats hingewiesen werden. Die bestehenden Hochschulen in Mulhouse, Strasbourg, Freiburg und Lörrach pflegen zudem bereits heute einen intensiven Austausch mit der Universität Basel und der FHNW. Neben dem üblichen Dozierenden- und Studierendenaustausch sind hier insbesondere die Trinationalen Studiengänge zu nennen, deren Diplome in allen drei Ländern anerkannt sind:
 - Studiengang Mechatronik Trinational der FHNW, der Berufsakademie Lörrach und der Technischen Universität Mulhouse
 - Studiengang International Business Management der FHNW, der Berufsakademie Lörrach und der Université de Haute Alsace in Colmar
 - Studiengang Bauingenieurwesen Trinational der FHNW, der Berufsakademie Lörrach und der Technischen Universität Mulhouse
 - Trinationaler Studiengang Biotechnologie der Universitäten Basel, Strasbourg, Karlsruhe und Freiburg i.B.

Weitere Projekte sind im Gespräch, wie etwa die Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut im grenznahen Bereich. Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden


und Wissenschaftsinstitutionen auf den verschiedenen Ebenen (Nation, Land und Distrikt) erweist sich dabei jeweils als recht komplex.

5. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die öffentlichen Mittel des Kantons vollumfänglich für die mit anderen Partnern geführten Hochschulinstitutionen Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz und Schweizerisches Tropeninstitut eingesetzt werden sollen. Mittel für andere und zusätzliche Initiativen, die letzten Endes zulasten der Finanzierung der genannten Hochschulen gehen, sind nicht vorgesehen. Der Regierungsrat verfolgt vielmehr das Konzept, Hochschulen und Forschungsinstitutionen, die von ihrer jeweiligen Trägerschaft solide finanziert sind, zur Kooperation im oben beschriebenen Sinne zu veranlassen. Ausserdem gibt es bereits Fördermittel für die grenzüberschreitende Kooperation: So kann der Bund projektgebundene Beiträge für grenzüberschreitende Kooperationen sprechen. Zudem wird im Rahmen von Interreg die Trinationale Forschungskoope-
ration gefördert.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend *Life Science-Standort stärken – die Hochschulen in der Region verbessern* abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Dr. Robert Heuss
Staatschreiber